

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wertzahlschein: Abonnementpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Stütz-Zentrale).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 45/46.

Berlin, Sonnabend, 10. Juni 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

XV. Delegiertentag des Gewerkevereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (S. 2).
XI. Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter. — Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter. — Der 13. ordentliche Delegiertentag des Gewerkevereins der Holzarbeiter (S. 2). — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

15. Delegiertentag des Gewerkevereins der Deutschen Maschinenbau- u. Metallarbeiter (S. 2).

Am zweiten Pfingsttag, nachmittags 4 Uhr, wurde in unserer Verbandshaus die Vorversammlung des Delegiertentages eröffnet. Die Mandate der 30 Delegierten wurden nach Prüfung durch eine Kommission sämtlich für gültig erklärt. Zur Leitung der Verhandlungen wurden gemäß der Statuten G. Leich auf-Berlin, Reichsöfer-Berlin und v. Losse-Bremen zu Vorsitzenden, und die Kollegen Ahr-Gelsenkirchen und Vietzsch-Görlitz zu Schriftführern. Am Abend fand ein gemeinsames Begrüßungsfest zu Ehren der Delegierten aller drei im Verbandshaus tagenden Gewerkevereine statt, bei welchem Kollege Frrgang-Berlin Delegierte und Gäste willkommen hieß und unser Verbandsvorsitzender Kollege Goldschmidt die Festansprache hielt.

Am Dienstag Vormittag 9 Uhr begannen die Hauptverhandlungen. Der Vorsitzende Kollege G. Leich auf begrüßte die erschienenen Vertreter u. a. Herrn Regierungsrat Dr. Wähler für das Reichsamt des Innern, Herrn Stadtverordneten Förderer für die städtischen Behörden, Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Mugdan für die Gesellschaft für Soziale Reform und die Fortschrittliche Volkspartei, Herrn Lichtenstein für die demokratische Vereinigung und den Kollegen Goldschmidt für den Verband der Deutschen Gewerkevereine. Als Vertreter des schwedischen Arbeiterbundes nahm Herr Redakteur Sandberg-Stockholm an den Verhandlungen teil.

Erster Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Kollegen G. Leich auf über „Die Notwendigkeit der Schaffung eines Reichsarbeitsrechts“. In lichtvoller Darstellung zeigte der Referent, wie die Unternehmer ihre Interessen vertreten fänden im Gesetz über die Aktiengesellschaften, im Handelsgesetzbuch usw., während es für die Arbeiter an einem einheitlichen Reichsrecht fehle. Der Redner sagte seine interessanten Ausführungen in folgender Resolution aufzunehmen:

„Der 15. ordentliche Delegiertentag des Gewerkevereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter steht auf dem Standpunkt, daß die stets wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter ihren berechtigten Grund in dem völligen Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter der Großindustrie, dem Unternehmer gegenüber hat. Auf der einen Seite die rechtlich geschützte wachsende Kapitalvermehrung in Aktiengesellschaften, Trusts und Syndikaten, der gegenüber die beschloßene wachsende Arbeitermasse steht, die ausgeschlossen von den Produktionsmitteln, dem kapitalträchtigen Unternehmertum gegenüber in ein Abhängigkeitsverhältnis heruntergedrückt ist.

Unumschränkt herrscht der Werkleiter über Arbeiter und Angestellte eines Werks, die Zahl der so von einem Mann beherrschten Arbeiter wächst fortwährend und hat bei der Firma Krupp bereits die Zahl 70 000 erreicht. Beide Teile, Arbeiter und Unternehmer, haben zur Selbsthilfe gegriffen, wie Todtenbeise stehen sie sich gegenüber, nicht das Recht, sondern die Macht siegt, derjenige, der es am längsten aushält.

Streiks und Ausperrungen werden zahlreicher, nehmen an Umfang zu und schädigen weite Volksteile.

So bekämpfen sich in einem Rechtsstaat in roherer Form die Glieder desselben Volkes.

Das ehemalige Hörigkeitsverhältnis der Bauern und das Hausrecht des Mittelalters ist in der Großindustrie in moderner Form wieder entstanden.

Die Massen der Arbeiter und Angestellten umfassen drei Viertel des deutschen Volkes; sie sind der größte Konsument im Inlande, sie bilden im Kriegsfall den Kern der Landesverteidigung.

Ein weiteres Umschlagen der gegenwärtigen rohen Form der Selbsthilfe schädigt die nationale Gütererzeugung wie die deutsche Volkswirtschaft überhaupt und schwächt die Kraft des deutschen Volkes anderen Völkern gegenüber.

Der heutige Zustand in der Großindustrie zeigt anarchische Verhältnisse, erbittert die Menschen und setzt Menschenwert hinter Kapitalwert.

Aus diesem Zustand der Anarchie und wachsenden Verbitterung in der Großindustrie vermag nur eine gesetzliche Regelung von Pflichten und Rechten zwischen Arbeitern und Unternehmern in und außerhalb des Produktionsprozesses als Produzierende und Staatsbürger zu helfen.

Aus allen diesen Gründen fordert der 15. Delegiertentag des Gewerkevereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter in Uebereinstimmung mit den bezüglichenden Beschlüssen des 12. Verbandstages der Deutschen Gewerkevereine von Regierung und Volkvertretung die Schaffung eines alle diese Fragen umfassenden und regelnden Reichsarbeitsrechts, in dem Sinne, daß der Arbeiter im Produktionsprozeß als gleichberechtigter Faktor neben dem Unternehmer dastehet und ihm als Staatsbürger und Familienvater der ihm notwendige Schutz zuteil wird.“

Nach einer kurzen Diskussion, an welcher auch Herr Dr. Mugdan teilnahm und dem Referenten in allen wesentlichen Punkten zustimmte, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Der Referent hatte auch die schweren Schäden geschildert, die aus den Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern für die gesamte Nation entstehen, und verlangt, daß geeignete Einrichtungen getroffen würden, die wenigstens die vermeidbaren Kämpfe und Schäden verhüten könnten. Im Sinne seiner Ausführungen wurde noch folgende Entschlieung einstimmig angenommen:

„Der 15. Delegiertentag des Gewerkevereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter macht die gesetzgebenden Körperschaften aufmerksam auf den Vortrag des Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Soziale Reform Dr. v. Berlepsch, über „Die Errichtung eines Reichsministeriums“ und richtet an das Reichsamt des Innern die dringende Bitte, über ein deutsches Reichsministerium mit Vertretern der Arbeiterorganisationen und der Arbeitgeberverbände in Verhandlungen einzutreten.“

(Fortsetzung folgt.)

XI. Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter.

n. Magdeburg, 8. Juni.

Die 11. ordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter trat am zweiten Pfingstfesttage in der „Reichshalle“ hierseits zusammen. Sie wurde vom Vorsitzenden des Generalrats D. Muckrausch-Burg bei Magdeburg mit dem Wunsche eröffnet, daß die Verhandlungen dem Gewerkeverein und dem gesamten Verbandsrat zum Segen gereichen möchten. Im Namen des Ortsvereins Magdeburg begrüßte dessen Vorsitzender S. Andring im Namen des Ortsverbandes Magdeburg und Umgegend der Ortsverbandsvorsitzende Becker die Delegierten, während die Glückwünsche und Grüße des Zentralrats und des geschäftsführenden Ausschusses Verbandssekretär Reufstedt-Berlin überbrachte.

Die Prüfung der Mandate ergab die Anwesenheit folgender 30 Delegierten: Fenthur-Rönigsberg, Rohde-Stettin, Wendland-Berlin, Brede-Berlin, Schoof-Liegnitz, Sonntag-Sagan, Tichirner-Görlitz, Eicker-Löwenberg, Heinzel-Schwarzwaldbau, Koppeler-Waldenburg, Rentwich-Niederhermsdorf, Spahn-Striegau, Kaufmann-Thale, Thiemann-Giersleben, Schelle-Förderstedt, Pulzjunior-Bitterfeld, Winkler-Roßitz, Wohlleben-Galle, Obenauf-Aue, Wilke-Grauschütz, Schulze-Beiß, Hilpert-Aue, Lehne-Leipzig, Seiß-Gögingen, Hüfner-Worms, Soy-Waldhof, Willems-Derendorf, Grüling-Wanne, Wassenhoff-Günningfeld und Veucht-Linden.

Vom Generalrat waren der Vorsitzende Muckrausch, der Generalsekretär Sahn und der Schatzmeister Raab amtlich anwesend.

In das Bureau zur Leitung der Verhandlungen wurden gewählt: Rohde-Stettin als Vorsitzender, Obenauf-Aue als stellvertretender Vorsitzender, Sonntag-Sagan und Wohlleben-Galle als Schriftführer.

Die Hauptversammlung begann am Dienstag früh 9 Uhr. Aus dem Bericht des Generalsekretärs Sahn über die Tätigkeit des Gewerkevereins seit der letzten Generalversammlung im Jahre 1908 heben wir folgendes hervor:

Unser Gewerkevereinsinnenleben ist mit den Vorgängen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eng verknüpft; es unterliegt seinem fördernden oder hemmenden Einfluß in hohem Maße. Unter diesem Gesichtspunkte sind auch die Arbeiten der Deutschen Gewerkevereine und ihre gesamte Entwicklung zu betrachten. Es sind nicht immer freundliche Bilder, die hierbei an unserm Auge vorüberziehen, Verleumdung, Uebelwollen und böses Vorurteil, in ihrer Rinderung mekhar nur nach Jahrzehnten, bilden noch heute die Geminnisse, die sich der Ausbreitung unserer Bestrebungen in bürgerlichen und unternehmerischen entgegenstellen. Das ist aber nur einer der Widerstände, gegen die wir anzukämpfen haben; viel häufigere Erscheinungen zeigt oft der Streit, den wir mit den sogenannten Konkurrenzorganisationen, mit den Vereinigungen der Arbeiter nach sozialdemokratischem und „christlichem“ Muster, zu bestehen haben; aber den schwersten und in seinem Phlegma schier unüberwindlichen Gegner haben wir seit den ersten Tagen unseres Bestehens in dem Stumpfsinn der Massen, in der Willenslosigkeit und Gedankensarmut der großen Menge gehabt; er ist das größte Hindernis im Aufstieg unseres Volkes zu höherer Kultur und Lebensformen.

Dem Niedergang, den wir auf der letzten Generalversammlung in Halle zu beklagen hatten, ist ein erfreulicher Aufstieg gefolgt. Der Druck, der Jahre hindurch auf Handel und Gewerbe lastete, der Rückgang vieler der bedeutendsten Industrien in den vorerzählten Jahren und der seine Ursachen zum Teil in ausländischen Verwicklungen hatte, ist allmählich im verflohenen Jahre einer lebhafteren industriellen Tätigkeit gemichen. Auch unser Gewerkeverein ist hierbei insofern nicht unberührt geblieben, als mit dem Wiederanfeigen der Mitgliederzahl auch die Arbeitskämpfe, das Bestreben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder lebhafter als in den verflohenen Jahren hervorbrachten.

Freundliche Wider sind es auch nicht, die uns von der sozialpolitischen Gesetzgebung der letzten Tage entrollt werden. Von dem kulturellen Aufstieg, von dem so unendlich viel erhofft wurde, auf den wir seit mehr denn 30 Jahren rechnen, hat sich so gut wie nichts erfüllt.

Auch unseren in den verschiedensten Betrieben getreuten Mitgliedern sind Lohn- und Arbeitskämpfe nicht erspart geblieben; neben Heineren, belanglos sind zu nennen die Bewegung der Bauern in Berlin und Ohmstedt, die Kämpfe der Linoleumarbeiter in Delmenhorst, besonders aber die gewaltige Bauarbeiterausperrung, die sich über einen großen Teil Deutschlands ausbreitete, der jüngste große Kampf der

Verstarbeiter in den norddeutschen Seestädten usw. die unterm Gewerkeverein schwere Opfer aufzubringen. Trotz dieser beklagenswerten Einzelergebnisse schreitet in allen Ländern die Erkenntnis vorwärts, daß der Weg der Verständigung der beste ist. Die abgeschlossenen Tarifverträge, deren Zahl sich auch in unserm Gewerkeverein langsam zwar, aber stetig mehrt, legen hieron Zeugnis ab.

Die für Streiks, Ausperrungen und die gewöhnliche Arbeitslosigkeit in den verflochtenen Jahren aufgewendeten Summen bilden denn auch den Hauptteil der vom Gewerkeverein bestrittenen Ausgaben.

Der Bericht verbreitet sich dann eingehend über die Agitation und die Bildungsbestrebungen und fährt dann fort:

Die Mitwirkung unserer Mitglieder an der Erfüllung öffentlicher ehrenamtlicher Aufgaben läßt im allgemeinen noch viel zu wünschen übrig. Daß die Gewerkevereine neben der Verfolgung ihrer gewerkschaftlichen und volkswirtschaftlichen Ziele sich auch als Staatsbürger zu betätigen haben, daß es die Pflicht gebietet, sich als Pioniere des Gehaltens der Selbsthilfe auch auf den mannigfachen Gebieten der gemeindlichen und löcherlichen Selbstverwaltung zu zeigen, findet die erforderliche Beachtung auch noch nicht bei einem großen Teil unserer Mitglieder nicht. Recht deutlich zeigt dies die Teilnahmelosigkeit, häufig auch das ratlose, gefahrlose Verhalten bei solchen Gelegenheiten. Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen, ebenso die Wahlen für die Vertretungskörper in den Gewerkevereinen, öffentlichen Krankenkassen und Anspornvereinen, finden meist noch immer die erforderliche Beachtung und Unterstützung nicht. Auch die Beteiligung an anderen gemeinnützigen Unternehmungen, die der Selbsthilfe dienen, wie es z. B. Konsumvereine und Bauvereine sind, läßt im allgemeinen zu wünschen übrig.

Der Generalrat des Korortes erledigte seine Arbeiten in 34 Sitzungen. Der Gesamtgeneralrat trat zweimal, am 12. April 1909 und am 28. März 1910 zu Sitzungen zusammen. Die Beschwermittlung hatte nur einmal Gelegenheit, wegen einer gegen den Generalrat eingeleiteten Beschwerde zusammenzutreten und eine Entscheidung zu treffen.

Die Vertretung der Gewerkevereine im Zentralrat hat sich dem Beschlusse des letzten Verbandstages entsprechend vermindert, so daß unserm Gewerkeverein statt der bisherigen sechs Vertreter nur noch vier zuzurechnen.

Zum Schlusse wird auch der in der Berichtsperiode verstorbenen führenden Kollegen gedacht, denen ein ehrender Nachruf gebietet wurde.

Es folgte der Kasienbericht des Schatzmeisters Raab. Die Einnahmen betragen einschließlich des Bestandes von 299243,18 M., in den 3 Berichtsjahren: 679 510,09 M., Vorausgabt wurden u. a. für Agitation 20 434,32 M., Rechtschutz 2148,09 M., Verbandsbeiträge 10 746,30 M., Verbandsorgan 11 567,80 M., Gewerkevereinsorgan 19 771,50 M., Arbeitslosen-Unterstützung 64 521,96 M., Streikunterstützung 37 149,58 M., Notstandsunterstützung 12865,10 M., Umzugsentschädigung 7123 M., für Bildungszwecke 15 373,02 M., Begräbnisbeihilfe 5865 M., zusammen 360 375,10 M. Das Gesamtvermögen des Gewerkevereins betrug am Schlusse des vorigen Jahres 319 134,99 M., mithin mehr gegen Ende 1907 19 391,81 M. Die Mitgliederzahl ist von 15846 in 369 Ortsvereinen auf 17 038 (16 165 männliche, 797 weibliche und 71 jugendliche) in 374 Ortsvereinen gestiegen.

Der Bericht wurde vom Schatzmeister eingehend erläutert und ihm durch Erheben von den Sitzen einstimmig Entlastung erteilt. (Fortf. folgt.)

Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Schuhmacher und Ledersarbeiter.

Mit einem stimmungsvollen Gesang der Gewerkevereinslieder wurde am zweiten Pfingstfeiertage, nachmittags 1/2 Uhr die Generalversammlung im Berliner Verbandshause eröffnet. In seiner Begrüßungsansprache wies der Hauptvorsitzende Sturm auf die Bedeutung der Tagung hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie den Gewerkeverein ein gutes Stück seinem Ziele, die Lage der Arbeiterschaft zu heben, näherbringen werde.

Als Abgeordnete sind anwesend: Eising-Brandenburg, Weinbarte, Bromberg, Falk-Stolz, Neumann-Berlin, Lemke-Bethshau, Bittner-Gohnau, Kaul-Neumarkt, Strecker-Breslau, Paumann-Weißfels, Milfer-Weißfels, Schnepp-Weißfels, Boedisch-Kalberstadt, Bergner-Weißels, Zülfke-Koblenz, Riedel-Wibera, Schmieder-Mannheim, Waldmann-Pfeddersheim, Hoffmann-Birmosens, Beamt-Mühlheim und Wiesner-Gagen. Die Besamte Sturm, Winter und Hüttig sind ebenfalls anwesend, ebenso der Hauptrevisor Ziecherl. Das Protokoll führt Geber-Weißfels; der geschäftsführende Ausschuss ist durch den Verbandssekretär Lewin ver-

treten, welcher der Tagung einen erfolgreichen Verlauf im Interesse der Gesamtorganisation wünschte. Mit der Leitung der Geschäfte wurden als Vorsitzende Wichner und Riedel, als Schriftführer Eising betraut.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen mit dem Tätigkeitsbericht des Agitationsleiters Sturm. Die früheren Erfolge wurden danach zuerst stark beeinträchtigt durch die schwere Krise, die im Jahre 1908 noch herrschte und auch die Finanzen stark in Anspruch nahm. Trotzdem ist erfreulicherweise eine, wenn auch nur kleine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Beteiligt war der Gewerkeverein an 36 Bewegungen, die zum Teil durch Tarifabschlüsse, zum Teil durch Streik beendet wurden und fast alle wenigstens einen Teilerfolg brachten. Wenn nicht mehr erreicht wurde, so lag das an der an Zahl stärkeren Konkurrenzorganisation, die allerdings die Schuld wie immer dem Gewerkeverein zuschieben möchte. Das Verhältnis zu den gewerkschaftlichen Organisationen ist nicht besser geworden. Die Zentralverbände scheinen in ihrer Agitation vor keinem Mittel zurück. Den schlimmsten Drangalierern und Schikanen sind unsere Mitglieder ausgesetzt. Diese Kampfweise wird von der Verbandsleitung nicht nur gebilligt, sondern sogar gefördert. Nicht viel besser sind die Beziehungen zur christlichen Organisation. Es muß dies für die Delegierten ein Ansporn sein, die Kampfmittel zu stärken, um den Gegnern besser gewappnet entgegenzutreten zu können. Redner wünschte mehr Initiative, mehr Betätigung am sozialen Leben, größere Würdigung der Statistik und mehr Aufmerksamkeit für die Arbeitsvermittlung.

Dieser Bericht fand in der ausgiebigen Ausdrache allgemeine Anerkennung. In einer Resolution wurde dem Agitationsleiter das Vertrauen und der Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen.

Der Geschäftsbericht des Haupt-schriftführers Winter begann mit einer großzügigen Schilderung der sozialpolitischen Lage. Gemäß den Beschlüssen der Leipziger Generalversammlung sollte der Hauptvorstand auf die Gesetzgebung einzuwirken suchen, um eine Verringerung des § 115 der Gewerbeordnung in dem Sinne herbeizuführen, daß die Unternehmer verpflichtet sind, die sogenannten Futuraten, d. h. Futuraten, Werkzeug usw. selbst zu bezahlen. Die diesbezüglichen Bemühungen sind bisher erfolglos gewesen. Erfüllt worden dagegen ist die Forderung der Herabsetzung des Maximalarbeitstages für Frauen auf zehn Stunden. In dem weiteren Ueberblick besprach der Referent dann eine regere Beteiligung an Veranstaltungen wie der Heimarbeitertag, den Bestrebungen zur Förderung der handwerksmäßigen Ausbildung der Frau, der Jugendorganisation und der Pflege des Tarifgedankens, der auch in der Lederindustrie immer mehr an Boden gewinnt. Gefördert worden ist diese Entwicklung auch durch die Ausperrungstaktik der Unternehmer, durch die auch die „freien“ Gewerkschaften mehr und mehr vom Klassenkampfstandpunkt abgedrängt und unseren Anschauungen näher gekommen sind.

Das Verhältnis zum Verbands der deutschen Gewerkevereine war ein in jeder Beziehung freundliches und muß auch so erhalten bleiben. Eine Verringerung ist im Laufe der Zeit nur insofern eingetreten, als diese Beziehungen nicht mehr auf finanziellen, sondern auf persönlichem und geistigem Gebiete liegen. Dabei wurde auch der Austritt des Vereins der Deutschen Kaufleute aus dem Verbands gestreift, worin Redner keinen Nachteil erblickt. Habe doch die Rücksicht, die jahrelang gegen jenen Verein geübt worden ist, nur zur Schwächung der Aktionsfähigkeit des Verbandes beigetragen. Zum Schluß erörterte der Redner eingehend die Reitsätze zur Reform des Arbeitsrechtes, die sich der Gewerkeverein zu eigen machen und für deren Durchführung er mit aller Energie eintreten müsse. Nach lebhafter und sehr anregender Debatte wurde in diesem Sinne ein einstimmiger Beschluß gefaßt.

Sodann erstattete der Hauptkassierer Hüttig in ausführlicher Weise seinen Kasienbericht. Die Gesamteinnahmen in der dreijährigen Geschäftsperiode betragen 194 157,53 M., denen Gesamtausgaben in Höhe von 183 370,43 M. gegenüberstehen. Allein für Unterstützungszwecke wurden davon 53 909,51 M. ausgegeben. Es blieb ein Uebersehuss von 10 787,10 M., der das Vermögen der Gewerkevereinskasse auf 48 655,75 M. ansteigen ließ. In dieser Summe sind jedoch die in den Lokalkassen der einzelnen Ortsvereine vorhandenen Gelder nicht mitgerechnet. In den Erläuterungen wurde einbringlich für weiteren Belastungen der Kasse getarnt, um künftig für eine möglichst intensive Agitation mehr Mittel zur Verfügung zu bekommen. Dem Antrag des Hauptrevisors Ziecherl entsprechend, der den Revisionsbericht erstattet, wurde dem Hauptkassierer einstimmig Decharge erteilt.

Es wurde sodann in die Beratung der vorliegenden Anträge eingetreten. Die Einführung eines Einheitsbeitrages wurde abgelehnt, dagegen eine Erhöhung der bisherigen Beitragsätze um 5 Pfa. angenommen. Nur die 20 Pfa.-Stufe wurde in der bisherigen Höhe beibehalten, dafür aber wird diesen Mitgliedern weder Streik- noch Arbeitslosenunterstützung gewährt. Die Unterstützungsanstaltungen wurden dafür in verschiedener Hinsicht ausgebaut. Arbeitslosenunterstützung wird vom zweiten und nicht mehr erst vom vierten Tage der Meldung ab gewährt, wenn die Arbeitslosigkeit mindestens sechs Tage dauert. Bei Arbeitsaussetzung gilt dasselbe schon bei vier-tägiger Dauer. Bei Streiks und Ausperrungen soll nach einjähriger Mitgliedschaft an verheiratete Mitglieder mit Kindern unter 14 Jahren ein Zuschuß von 50 Pfa. pro Woche für jedes Kind gewährt werden. Den nicht in der Lederindustrie beschäftigten Mitgliedern, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, werden während der toten Saison die Beiträge erlassen. Mitglieder, die unmitttelbar vor oder nach einem Streik oder einer Ausperrung in Mitleidenschaft gezogen werden, erhalten ebenfalls die Streikunterstützung. (Schluß folgt.)

Der 13. ordentliche Delegiertentag des Gewerkevereins der Holzarbeiter (H.-V.)

wurde am zweiten Pfingstfeiertage im Verbandshause zu Berlin durch den Vorsitzenden, Kollegen M. Schumacher, eröffnet. In seiner eindrucksvollen Begrüßungsansprache gedachte er auch der Männer, die in der abgelaufenen Periode durch den Tod dahingerafft worden sind, u. a. auch des früheren Generalsekretärs Peter Bam bach.

Nach einem wirkungsvollen Lieber des Gewerkevereinsliedertafel wurde nach Prüfung durch eine Mandatskommission die Präsenzliste wie folgt festgestellt: Jans-Stolz, Kosla-Danzig, Brohinski-Elbing, Sing-Thorn, Wittenberg-Berlin, Sengbusch-Berlin, Karnath-Berlin, Rohde-Frankfurt a. D., Lüdt-Spandau, Dehlfke-Samburg, Magrod-Schmölln, Rother-Breslau, Kupperecht-Rangonöls, Goldb-Keipzig, Zinke-Radeberg, Heinen-Düsseldorf, Fläsche-Dortmund, Schnitzler-Nürnberg, Steiner-Kaiserslautern, Fraig-Ulm. Außerdem sind noch die vier befol deten Bezirksleiter anwesend. Als Vertreter des geschäftsführenden Ausschusses nimmt der Verbandskassierer, Kollege Klein, an den Verhandlungen teil, der ebenfalls eine herzliche Begrüßungsansprache an die Anwesenden richtete. Die Bureaustahl für den Delegiertentag ergab folgendes Resultat: Karnath, 1. Vorsitzender; Magrod, 2. Vorsitzender; Fläsche, 3. Vorsitzender; zu Schriftführern wurden die Kollegen Wittenberg und Lüdt gewählt.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Dienstag früh mit dem Tätigkeitsbericht des Hauptkassierers Wolff. Danach wurden durch die eintretende Krisis die Kasien sehr stark in Anspruch genommen. Desgleichen aber mußten alle Kräfte aufgeboten werden, um einen Mitglieder-rückgang hintanzuhalten. Es sei gelungen, allen Anforderungen zu entsprechen. Lebsthaft sei aus sehr vielen Ortsvereinen Klage geführt worden, über das terroristische Verhalten der Mitglieder des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes. Die Tarifbewegungen von 1909 und 1910 seien erfreulicher Weise in friedlicher Weise verlaufen, und sei es gelungen, namhafte Vergünstigungen durch Arbeitszeiterfüllung sowohl als auch zum Teil recht ansehnliche Lohnerhöhungen für die Mitglieder des Gewerkevereins zu erzielen.

Hierauf gab der Hauptkassierer Koll. Zieffe zu seinem ebenfalls gedruckt vorliegenden Kasienbericht noch Erläuterungen und betonte, daß es in der kommenden Berichtsperiode ebenfalls Aufgabe sein müsse, das Vermögen des Gewerkevereins zu steigern, denn nur gefüllte Kasien seien imstande, allen Wünschen der Mitglieder gerecht zu werden und das Ansehen des Gewerkevereins zu erhöhen. Aus dem Kasienbericht ist zu ersehen, daß die Einnahmen durch Eintrittsgelder und Beiträge 542 573 M. betragen. An Unterstützungen wurde verausgabt die respektable Summe von 309 097,80 M. und zwar für Arbeitslosenunterstützung 87 277,50 M., Streikunterstützung 35 936,30 M., Wander-, Reise- und Ueberfedlungsunterstützung 13 489,16 M., Notstandsunterstützung und Beitragsabstemplung erforderten die Summe von 16 283,79 M., die Krankenunterstützung 129 255,50 M. und endlich die Begräbnisbeihilfe 27 856 M. Das Vermögen beträgt 271 727,50 M. Die Wirkungen der Krisis, führte der Berichterstatter aus, zeigten sich ins-

besondere in den vorausgabten hohen Ziffern für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Jedenfalls zeigen diese Zahlen aber deutlich die Leistungsfähigkeit des Gewerkevereins.

Am Mittwoch hielt Johann der bekannte Nationalökonom Privatdozent Dr. Franz Dypenheimer einen Vortrag über „Die Ursachen der sozialen Not“. Ebenso wie der Körper des Menschen krank werde, wenn es ihm an Luft und Licht fehlt, kann auch der Volkskörper nicht gedeihen, wenn ihm Licht und Luft entzogen werden. Was wir in erster Linie brauchen zur Gesundung unserer sozialen Verhältnisse sei, daß dem Grund- und Bodenwucher entgegengearbeitet wird. In einer Menge von statistischen Zahlen legte der Referent Johann dar, daß die heutigen Wohn- und Lebensbedingungen hauptsächlich durch das Verhältnis der großen Masse des Volkes zum Grund und Boden schwer beeinträchtigt werden. Die Sterblichkeit der Säuglinge nehme ständig zu, der Rückgang der Militärtauglichkeit zeige sich darin, daß von den in den Städten Geborenen nur 42 Prozent, von den auf dem Lande Geborenen dagegen 57 Prozent tauglich seien. Die Still- und Gebärfähigkeit unserer Frauen gebe ständig zurück. Die Existenzmöglichkeit dürfe nicht durch den Zufall der Geburt bestimmt werden, sondern es müsse und könne jedem Einzelnen so viel Land zur Verfügung gestellt werden, daß er mit seiner Familie leben könne. Um dieses zu erreichen, sei es notwendig, gegen den Großgrundbesitz mit allen zulässigen Mitteln anzukämpfen. Die Gewerkevereine als die Pioniere der Arbeiterbewegung haben die Pflicht, auch hier bahnbrechend zu wirken. Dazu bedürfe es nicht einer Revolution, wie sie die Sozialdemokratie predige; denn die Revolution sei die dümmste und gütterzerstörendste Maßnahme.

Großer Beifall wurde dem glänzenden Vortrage gezollt. Hierauf referierte der Vorsitzende des Gewerkevereins, Kollege Schumacher, über die Lohnbewegungen und führte aus, daß der Gewerkeverein an 85 Tarifverträgen beteiligt sei, welche zum großen Teil durch friedliche Vereinbarungen erzielt wurden. Nach einer eingehenden Schilderung der Tarifverhandlungen und der dabei befolgten Taktik wurde eine Resolution angenommen, welche die bisherige Stellungnahme der Hauptleitung zur Lohn- und Tarifbewegung billigt und empfiehlt, in derselben Weise auch für die nächste Zukunft zu operieren.

Ueber die prinzipielle Stellung zu der Arbeitsnachweisfrage wird in einer einstimmig angenommenen Resolution gesagt: „Der obligatorisch-paritätische Arbeitsnachweis, wie er heute an vielen Orten besteht und von den sozialdemokratischen Verbänden gefordert wird, bietet für den Gewerkeverein keinen Vorteil, vielmehr eine Schädigung, weil die Erfahrung lehrt, daß unter dem Schein der Parität dort Sonderinteressen gefördert werden.“

(Schluß folgt.)

Allgemeine Kundschau.

Freitag, den 9. Juni 1911.

Die Berichte über die Delegiertentage, die zurzeit stattfindenden, nehmen den Raum des Verbandsorgans so stark in Anspruch, daß die Fortsetzung der Artikelreihe über die Reichsversicherungsordnung und zunächst hinausgeschoben werden muß. Wir bitten auch die Kollegen, die Artikel zur Veröffentlichung eingekandt haben, etwas Geduld zu haben, wenn ihre Wünsche nicht so schnell erfüllt werden, wie es sonst der Fall wäre.

Der frühere Arbeitschluß für städtische Arbeiter an den Vorabenden der Sonn- und Festtage macht nach einer Zusammenstellung in den „Mitteilungen der Zentralstelle des Deutschen Städte-tages“ unerkennbare Fortschritte. Diesem Deutschen Städte-tage sind 165 Orte angeschlossen, von denen 65 einen früheren Arbeitschluß ohne Lohn-fürzung an allen oder doch an einzelnen Vorabenden von Sonn- und Festtagen haben. In 37 dieser Städte ist dieser frühere Arbeitschluß für sämtliche Betriebe — teilweise allerdings mit Ausnahme der Schlachthofarbeiter, des Metzger- und Maschinenpersonals usw. — in den anderen 28 Städten nur für einige Betriebe oder für die einzelnen Betriebe verschieden eingeführt. Die Arbeitszeitverfürzung an den gewöhnlichen Sonnabenden beträgt meist nur eine Stunde, während an den Vorabenden der Festtage durchschnittlich 2 bis 3 Stunden früher geschlossen wird, allerdings häufig unter Vorfall der Wesperrpausen, zuweilen auch unter Befehl oder Führung der Mittagspause.

Einen allgemein freien Sonnabendnachmittag hat nur die Stadt Barmen eingeführt. Dort

tritt um 1 Uhr mittags Schluß für alle städtischen Betriebe ein. Doch werden dafür die Rauten auch an den übrigen Wochentagen um eine Viertelstunde gefürzt, so daß die wöchentliche Arbeitszeit ungefähr dieselbe wie früher bleibt.

In allen Fällen wird für den gefürzten Arbeitstag der volle Tagelohn gezahlt. Muß ausnahmsweise an diesen Vorabenden in der sonst freien Zeit gearbeitet werden, so gewähren die meisten Städte dafür keine besondere Entschädigung. Nur Augsburg, Berlin, Cöln, Düsseldorf, Karlsruhe, Königsberg, Mannheim, Mühlhausen, München, Nürnberg, Stralburg, Wandsbeck und Wiesbaden haben für solche Fälle Ueberstundenlöhne vorgesehen. Auch diejenigen Arbeiter, welche überhaupt nicht an der Vergünstigung der Arbeitszeitverfürzung teilnehmen können, erhalten für die Arbeit bis zum gewöhnlichen Arbeitschluß meist keine besondere Entschädigung. Nur Metz gewährt den Schlacht- und Viehhofarbeitern für die Mehrarbeit nach 4 Uhr 33 1/2 Prozent Zuschlag zum vollen Lohn. Ebenso wird in Elberfeld den Tages- und Schichtarbeitern mit zwölfstündiger Schicht, die an solchen Tagen arbeiten müssen, die Zeit nach 4 oder 6 Uhr bis zum normalen Tagesarbeitschluß besonders und wie Ueberstunden bezahlt.

Arbeiterbewegung. In mitteldeutschen Braunkohlrevier wird der Kampf, der nunmehr schon fast fünf Wochen dauert, mit derselben Energie weiter geführt. Alle Bemühungen der Unternehmer, Ersatz für die Streikenden zu bekommen, sind bisher fehlschlagen. Die Arbeiter halten nach wie vor fest zusammen, beobachten trotz der Rücksichtslosigkeit der Unternehmer die strengste Disziplin und haben deswegen auch die Sympathie der gesamten Bevölkerung auf ihrer Seite. Es muß dringend darauf geachtet werden, daß Arbeitswillige dem Revier fernbleiben. — Der Berliner Bäckerstreik ist beendet. Von rund 3400 Bäckereien mit etwa 7000 Stellen haben 2200 Betriebe mit 4600 Gesellen die Forderungen bewilligt. Es soll versucht werden, auch in den übrigen Betrieben die Forderungen zur Durchführung zu bringen. — In Allenstein in Ostpreußen haben die Denschecker wegen Lohnendifferenzen die Arbeit niedergelegt. — Der Streik auf der Braunkohlengrube „Stadt Görlitz“ bei Kohlfurt hat an Ausdehnung noch zugenommen. Die Stadtverordnetenversammlung in Görlitz hat sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt, ist aber noch zu keinem Resultat gelangt. — Um eine Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse herbeizuführen, haben in Bremen die Wäschearbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Die Unternehmer sind frampfhaft bemüht, Breische in die Reihen der Ausständigen zu legen, haben aber bisher damit keinen Erfolg gehabt.

Wie für die christlichen Gewerkschaften agitiert wird, dafür legt folgender Brief ein bereites Zeugnis ab, der an die Mitglieder unseres Ortsvereins der Maschinenbauer in Essen-Frohnhausen, die gleichzeitig dem katholischen Knappenverein angehören, verschickt worden ist:

Katholischer Knappenverein Essen-Frohnhausen.

Wertes Kamerad!

Wie wir in Erfahrung brachten, gehörst Du der Kirch-Dunderischen Gewerkschaft an. Wenn auch der Knappenverein an und für sich auf dem Standpunkt steht, seinen Mitgliedern gegenüber keinen Organisationszwang auszuüben, so kann derselbe doch nicht müßig zusehen, wenn einige seiner Mitglieder einer Organisation angehören, deren Organ und Agitatoren offen gegen das Christentum auftreten und es bekämpfen. Dazu kommt noch die in letzter Zeit erfolgte Anlehnung der Kirch-Dunderischen Gewerkschaft an die Sozialdemokratie.

Aus obigem ergibt sich, daß ein katholischer Knappe nicht Mitglied einer solchen Organisation sein kann.

Wenn auch der größte Teil der Kirch-Dunderischen nur der Kassen halber in dieser Organisation ist, so entschuldigt dieser Umstand nicht, denn in den christlichen Gewerkschaften, die in hoher Blüte stehen, ist für das Organisationsbedürfnis hinreichend gesorgt. Zudem besteht im hiesigen Knappenverein seit Jahren eine Verwaltungsstelle der Düsseldorfster Kranken-zuschußkasse, die ebenfalls auf gesunder Basis ruht, und neuerdings wurde auch der Anschluß an die „Veo-Sterbefasse“ vollzogen.

Du siehst, werter Kamerad, in den eigenen Reihen ist Platz genug für Dich. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus ganz abgesehen, ist es vom religiösen Standpunkt zu erwägen, ob Du einer Vereinigung angehören darfst, die Deine heiligsten Gefühle mißachtet und verhöhnt. Da der Vorstand aufgefordert wurde, den freien Gewerkschaften gegenüber Stellung zu nehmen, und der Antrag schon einmal zur Tagesordnung stand, aber bis zur folgenden (am Sonntag, den 30. d. M.) stattfindenden Versamm-

lung vertagt wurde, so ersuchen wir Dich am kommenden Sonntag, den 30. April, zur Versammlung zu kommen, um eventuell Einwendungen zu machen.

Mit freundschaftlichem Gruß

Der Vorstand.

Daß in den katholischen Arbeiter- und Knappenvereinen der größte Terrorismus getrieben wird, um die Mitglieder den christlichen Gewerkschaften zuzutreiben, ist eine längst bekannte Tatsache. Neu ist an obigem Schreiben lediglich die Verlogenheit, mit der dieser Terrorismus gepaart ist. Denn die Antwort auf die Frage, wo die Gewerkevereine durch ihre Organe und Agitatoren das Christentum bekämpft oder die heiligsten Gefühle mißachtet und verhöhnt haben, dürfte der Vorstand des katholischen Knappenvereins wohl schuldig bleiben. Eine Verleumdung ist es auch, wenn von einer „Anlehnung der Kirch-Dunderischen Gewerkschaft an die Sozialdemokratie“ die Rede ist. Wenn damit etwa auf das öftere Zusammengehen des Gewerkevereins der Bergarbeiter mit dem alten Bergarbeiterverbande abgezielt werden sollte — eine andere Erklärung für jene aus der Luft gegriffene Behauptung haben wir nicht — so sei daran erinnert, wie oft Christliche mit Notzen zusammen wirtschaftliche Kämpfe ausgefochten haben.

Auf den übrigen Inhalt des Briefes einzugehen, hieße seine Wirkung abschwächen. Auf diese Bundesgenossen, die eine so wenig „christliche“ Kampfweise anwenden, können die christlichen Gewerkschaften wahrlich nicht stolz sein.

Eine gründliche Plamage hat sich die Polizeiverwaltung in Sommerfeld zugezogen. In diesem Orte befinden sich seit einiger Zeit die Weber und Weberinnen der Firma Albert Levin im Streik, um eine Verbesserung der überaus ungünstigen Lohnverhältnisse durchzusetzen. Wie an vielen Orten, so mißachtete sich auch überflüssigerweise in Sommerfeld die Polizei in diesen wirtschaftlichen Kampf ein, indem sie im „Sommerfelder Tageblatt“ folgende Bekanntmachung erließ:

Bekanntmachung.

Aus Anlaß des Ausstehens eines Teiles der hiesigen Textilarbeiter machen wir darauf aufmerksam, daß

Belästigungen Arbeitswilliger und das Streikpostenstehen streng bestraft werden.

Sommerfeld, den 18. Mai 1911.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.: Georg Lange.

Wenn die Sommerfelder Polizeiverwaltung Streikpostenstehen bestrafen will, so handelt sie damit gegen das Gesetz. Das hat sie sich auch öffentlich sagen lassen müssen, denn die Antwort auf obige Bekanntmachung war folgende Erklärung in demselben Blatte:

Unterschiedene Organisationen machen hierdurch bekannt, daß Belästigungen Arbeitswilliger der Firma Albert Levin streng unterjagt sind. Entgegen der Bekanntmachung der Polizeiverwaltung J. B.: Georg Lange ist das Streikpostenstehen nicht strafbar. Sommerfeld, den 20. Mai 1911.

Der Gewerkeverein der Deutschen Textilarbeiter (S.-D.) und Deutscher Textilarbeiter-Verband (Biliale Sommerfeld).

Diese Erklärung zeugt jedenfalls von einer gründlicheren Kenntnis der Gesetze, als die Bekanntmachung der Polizei. Das ist sehr fatal für letztere und trägt jedenfalls nicht dazu bei, die Achtung vor den Behörden zu heben.

Was sich die Hausagrarier alles erlauben, dafür liefert ein Prozeß, der kürzlich vor einem Kölner Gericht verhandelt wurde, ein drastisches Beispiel. Es handelte sich um folgende Bestimmungen eines Mietsvertrages:

„Mieter versichern, daß sie keine eigenen Kinder haben und auch künftig solche nicht halten wollen; im Falle der Zuwiderhandlung gegen diese Vertragsbestimmungen soll der Vermieter nicht nur berechtigt sein, vom Vertrag zurückzutreten, sondern die Mieter sollen auch eine Vertragsstrafe in der Höhe von 1000 Mark an den Vermieter zu zahlen haben.“

Als das Ehepaar, das die Wohnung gemietet hatte, trotz dieses feierlichen Versprechens vom Kinderlegen doch nicht berisont blieb, flagte der Hausbesitzer auf Zahlung der vereinbarten Vertragsstrafe. Die Beklagten beantragten Abweisung der Klage, da die ihnen in dem Vertrage auferlegte Leistung unmöglich sei. Der Hausbesitzer bestritt diesen Einwand und erklärte, daß die Nichterfüllung der Vertragspflicht auf „grobe Fahrlässigkeit“ der Beklagten zurückzuführen sei. Der Richter war aber der Ansicht, daß die Beklagten auf der Leistung, wozu sie sich dem Kläger gegenüber verpflichtet hatten, von vornherein unermügend waren.

Die Klage des Hausbesizers wurde natürllich abgewiesen.

Mit Recht bemerkt dazu die „Christliche Freiheit“, das man die angeführte Vertragsbestimmung für einen Karnevalscherz halten könnte, wenn nicht vor Gericht darüber verhandelt worden wäre.

Arbeiterschutz in Japan. Schon verschiedentlich muhten wir auf die unumstößlichen Arbeitsverhältnisse hinweisen, die in dem sonst so modernen Japan vorhanden sind.

Von allzu großer Tragweite ist dieses Arbeiterschutzgesetz sicherlich nicht, einmal wegen der vielen Ausnahmen, dann aber wegen des Mangels einer systematischen Fabrikaufsicht.

sozialen Gesetzgebung wegen die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Nationen verlieren könnten.

Ausstellung für Kleinwohnungsbau und Inneneinrichtung am Bahnhof Kaulsdorf. Am Sonntag, den 11. Juni findet vormittags die feierliche Eröffnung dieser Ausstellung in Gegenwart der Spitzen der Behörden und von Vertretern der Presse statt.

Gewervereins-Teil.

Hirschberg. Der Ortsverband Hirschberg hielt am Sonntag, den 21. Mai eine außerordentliche Verbandsversammlung in Warmbrunn ab.

tragen zu feiern. Der Schriftführer forderte die Ortsvereine noch auf, rechtzeitig Kollegen namhaft zu machen, die als Schöffen vorgeschlagen werden sollen.

Verbands-Teil.

Satzungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerbetreibenden (S. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerbetreibenden, Greifswalderstr. 21/23.

Orts- und Bezirksverbände.

Cottbus (Distrikterklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowerrstr. 42.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Advertisement for 'Praktische KONTORMÖBEL' (Practical Office Furniture) by Glogowski & Co. featuring an illustration of a man in a top hat pointing to a desk.

Magen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 M. Reiseunterstützung in dem Arbeitersekreteriat Magen, Adalbertsteinweg 71.

Eibing (Ortsverband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Reiseunterstützung 75 Pf. bei H. Zimmermann, Dyalstraße 36.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 M. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden.

Wanne (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten auf dem Bureau der Bergarbeiter, Bahnhofstraße 207, eine Reiseunterstützung von 75 Pf. Dasselbst Arbeitsnachweis.

Düsseldorf und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerbetreibenden aller Berufs erhalten in unserem Verbandshause zum Klosterfeld, Kurfürstenstr. 29 frei Bogis mit Frühstück oder 75 Pf. Ortsgehalt.

Regnitz (Ortsverband). Bepflegungsarten beim Ortsverbandskassierer Wilhelm Krause, Oloauerstraße 58. Berlebrslokal, „Prinz v. Preußen“, Oloauerstr.

Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pf. Unterstützung bei Carl Müller, Greifgasse 2, Ede Oberlauenegasse.

Firschau (Ortsverband). Durchreisende Gewerbetreibendekollegen erhalten eine Unterstützung von 50 Pf. bei den betreffenden Ortsvereinskassierern.

Oberbergischer Ortsverband, Sitz Schlettau. Unterstützung an wandernde Kollegen bei Ernst Böser jun. in Scheibenberg, Metzbrunnstr. 62.

Geielingen, Müritzb. (Ortsverband). Als Ortsverbandgeheimen erhalten durchreisende, arbeitslose Kollegen 50 Pf. bei G. Sapper, Büttelmaacher, Hauptstr. 48.

Preßlau (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausbezahlt beim Ortsverbandskass. Friedrich Wunder, Sternstr. 58.

Ortsverband (Ortsverband). Die Unterstützungsarten erhält durchreisende Gewerbetreibendekollegen bei G. Klemm, Markt 2.

Bremen. Die Auszahlung der Reisegehälter der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeitersekretariat Bremen, Doventorsteinweg 70, part.

Advertisement for 'Verbandsbedarf, Fahnen, Abzeichen, Theaterdekorationen' (Association supplies, flags, emblems, theater decorations) by Wilhelm Hamann, Düsseldorf, Fahrenstr.

Sörlitz (Ortsverb.). Wanderrde Kollegen erhalten Bepflegungsarten im Werte von 75 Pf. bei ihren Ortsvereinskassierern.

Brimtenau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterstützung. Markenausgabe beim Kol. R. Adam, Oloauerstr. 18.

Advertisement for 'VEREINS-ABZEICHEN u. STEMPEL ALLER ART' (Association emblems and stamps of all kinds) by G. Trenkel, Königsberg i. Pr.